



67. FUEN-Kongress fand in Ungarn statt



Die Föderation der West-Thrakiens Türken in Europa (ABTTF), vertretend die türkische Volksgruppe in West-Thrakiens, nahm vom 7.-10. September 2023 am 67. Kongress der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) teil. Halit Habip Oğlu, ABTTF-Präsident und Sprecher der FUEN-Arbeitsgemeinschaft türkisc-

her Minderheiten/Volksgruppen (TAG), und Nabi İbrahimcik ABTTF-Vizepräsident und FUEN-Vizepräsident, reisten nach Pécs/Fünfkirchen/Pečuh, Ungarn, wo der 67. FUEN-Kongress stattfand.

Der Gastgeber des diesjährigen Kongresses war die Landesseibstverwaltung

INHALT

67. FUEN-Kongress fand in Ungarn statt **Seiten 1-2**



Einziger EU-Mitgliedsstaat, der nationale Minderheiten nicht anerkennt: Griechenland **Seiten 3-4**



ABTTF brachte die Bildungsprobleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakiens vor die Vereinten Nationen **Seite 4**



ABTTF brachte die Bildungsprobleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakiens in der EP-Intergruppe für Minderheiten zum Ausdruck **Seite 5**



Arbeitsbesuch von ABTTF in Brüssel **Seite 6**



Mit seinen letzten Äußerungen verdreht der ehemalige Präsident unseres Landes Pavlopoulos erneut die Fakten **Seite 7**



Doppelmoral unseres Landes Griechenland beim Schutz der Menschenrechte! **Seite 8**



der Ungarndeutschen (LdU). Bei den Podiumsdiskussionen und Exkursionen in lokale Bildungseinrichtungen der Minderheiten wurde die Situation der deutschen Minderheit sowie der anderen Minderheiten in Ungarn vielfältig behandelt. Es wurden auch die aktuellen Entwicklungen im Hinblick auf die Minderheitenpolitik in Europa debattiert.

Auf der FUEN-Delegiertenversammlung am Samstag, den 9. September, wurde die Aktivitäten der FUEN im Jahr 2023 besprochen. In diesem Zusammenhang informierten der ABTTF-Vizepräsident Nabi İbrahimcik in seiner Eigenschaft als FUEN-Vizepräsident und der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu in seiner Eigenschaft als FUEN-TAG-Sprecher die Delegierten über die 2022 und 2023 ausgeführten Aktivitäten der TAG.

Auf der FUEN-Delegiertenversammlung wurde die zweigeteilte FUEN-Hauptresolution beschlossen, die in diesem Jahr zum einen an die Notwendigkeit intensiver Konsultationen mit nationalen Minderheiten sowie zum anderen an den Schutz der nationalen Minderheiten in der Ukraine appelliert.

Probleme der West-Thrakien Türken und der Türken auf Rhodos und Kos zur Sprache gebracht

Es wurden zehn weitere Resolutionen verabschiedet, darunter auch die Resolution, die gemeinsam von ABTTF, DEB-Partei und BTAYTD als die Delegation der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien eingereicht wurde. In der Resolution wird darauf hingewiesen, dass die türkische Volksgruppe



in West-Thrakien nach den Parlamentswahlen am 21. Mai 2023 in Griechenland in der Politik und den Medien zur Zielscheibe gemacht wurde, und gefordert, dass die durch Marginalisierung und Stigmatisierung verursachte strukturelle und systematische Diskriminierung der West-Thrakien-Türken beendet wird. Ferner wird in der Resolution Griechenland aufgefordert, den freien Willen und das Wahlrecht der WählerInnen der türkischen Volksgruppe zu respektieren, und die

Verbreitung von Hassreden in der Politik und den Medien zu verhindern.

Auf der Delegiertenversammlung wurde auch die von dem Kultur- und Solidaritätsverein der Türken auf Rhodos, Kos und Dodekanes-Inseln eingereichte Resolution verabschiedet, in der Griechenland aufgefordert wird, die muslimisch-türkische Existenz auf Rhodos und Kos anzuerkennen, die türkischen Schulen mit zweisprachigem Unterricht wieder zu eröffnen und die Zerstörung von Moscheen, Gräbern und Friedhöfen zu stoppen.



FUEN-Kongress 2024 findet in Deutschland statt

Auf der Delegiertenversammlung wurden die Organisationen der Bretonen aus Frankreich, der Deutschen aus der Schweiz und Serbien sowie der Ruthenen aus Ungarn als neue Mitglieder in die FUEN aufgenommen. Darüber hinaus ist die Friualische Filologische Gesellschaft aus Italien als Fördermitgliedsorganisation der FUEN beigetreten.

Es wurde beschlossen, dass der FUEN-Kongress vom 19.-22. September 2024 in Husum/Hüsem, Deutschland, stattfindet, dessen Gastgeber die Nordfriesen werden.

Einziger EU-Mitgliedsstaat, der nationale Minderheiten nicht anerkennt: Griechenland

Liebe Leserinnen und Leser,

ein weiteres Jahr neigt sich langsam dem Ende. Nach einer Zeit der Unsicherheit und der Angst aufgrund der Pandemie geht das Leben wieder seinen normalen Gang. Auch wir haben wieder einen vollen Terminkalender wie früher.

Was unsere jüngsten Aktivitäten betrifft, waren wir im letzten Oktober zu einem Arbeitsbesuch in Straßburg im Rahmen der ordentlichen Herbst-Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

In der ersten Novemberwoche waren wir in unserer Region West-Thrakien. Für das Jahrestreffen der Arbeitsgemeinschaft türkischer Minderheiten/Volkgruppen (TAG) der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), deren Sprecher ich bin, reisten unsere türkischen Schwester und Brüder aus unterschiedlichen Regionen vom Kaukasus bis zum Balkan in unsere Region. Während des zweitägigen Programms trafen sich unsere türkischen Schwester und Brüder mit den Vertretern unserer Volksgruppe in Komotini und Xanthi und hörten ihnen über die Probleme unserer Volksgruppe zu.

Gleich danach war ich in Athen. Die Verhandlung zur Schadensersatzklage, die wir gegen die Nachrichten-Website newsbreak.gr eingereicht hatten, die im Jahr 2021 diffamierende und falsche Nachrichten über unsere Föderation veröffentlicht hatte, fand vor dem höheren Gericht statt. Unser Kampf vor Gericht geht weiter.

Ende November waren wir in Straßburg und nahmen an der Sitzung der

Intergruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Volksgruppen und Sprachen im Europäischen Parlament (EP) teil. Unsere Föderation, die die West-Thrakien-Türken vertritt, und der Solidaritätsvereins der Türken auf Rhodos, Kos und Dodekanes-Inseln (ROISDER), der die auf Rhodos- und Kos lebenden Türken vertritt, präsentierten den Mitgliedern des Europäischen Parlaments die Themen bezüglich der Schulbildung in der Muttersprache und die Bildungsprobleme.

Und letzte Woche nahmen wir an der Sitzung des UN-Forums für Minderheitenfragen in Genf teil und brachten diesmal unsere Probleme auf der UN-Plattform zur Sprache.

Im ersten Teil der Sitzung im Europäischen Parlament in Straßburg erläuterte die Vertreterin der ladinischen Minderheit in Italien, wie die Ladiner, obwohl sie kurz vor der Assimilation standen, in Zusammenarbeit mit der deutschen Minderheit in der Region und mit Unterstützung der italienischen Regierung ihre Sprache und Identität bewahrten. Der Vertreter der ladinischen Minderheit sagte, dass ihre Angehörigenzahl heute zwar nur noch 30.000 beträgt, diese aber im Vergleich zur Vergangenheit gestiegen ist, und fügte hinzu, dass dies eine Ausnahmesituation unter den Minderheitengruppen auf der Welt ist!

Darüber hinaus erhalten Ladiner in allen Schulen in verschiedenen Provinzen der Autonomen Region Südtirol Italiens, in denen sie leben, Unterricht in ladinischer Sprache. Interessanter ist, dass in allen Schulen an Orten, an denen die Ladiner leben, nicht nur die Angehörigen der ladinischen Minderheit, sondern alle Einwohner*innen



dieser Region die ladinische Sprache lernen.

Wunderbar!

Auf dem FUEN-Kongress im letzten September in Pécs, Ungarn, erfuhren wir, dass es in Ungarn, das im Zuge der großen Erweiterungsprozesses EU-Mitglied wurde, 13 offiziell anerkannte Minderheiten gibt, darunter die griechische Minderheit. Die griechische Minderheit ist bevölkerungsmäßig die kleinste Minderheit in Ungarn. Laut Daten aus dem Jahr 2011 beträgt ihre Bevölkerungszahl nur 4.700. Allerdings haben die Griechen eigene Kindergärten, Grundschulen und weiterführende Schulen sowie ein eigenes Kulturhaus, eine eigene Bibliothek, ein eigenes Kulturinstitut, ein eigenes Forschungsinstitut und ein eigenes Theater. Wie die anderen offiziell anerkannten nationalen Minderheiten in Ungarn senden die Griechen alle vier Jahre ihren eigenen Sprecher in das ungarische Parlament.

Schauen wir uns andererseits Albanien an, das EU-Mitglied werden möchte. Die in Albanien lebenden Griechen machen 1% der Bevölkerung Albanien aus. Nach offiziellen Angaben aus dem Jahr 2011 beträgt ihre Bevölkerungszahl ca. 25.000.

Laut der jüngsten durch die Dachorganisation der griechischen Minderheit „Demokratische Union der griechischen Minderheit – OMONOIA“ durchgeführten Volkszählung beträgt die Bevölkerungszahl der Griechen 287.000.

Die griechische Minderheit, die die größte unter der neun Minderheiten im Land ist, ist vom Staat offiziell anerkannt. Die Griechen erhalten in den Minderheitenregionen Unterricht auf griechischer und albanischer Sprache. Es gibt auch Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen und Gymnasien, in denen auf Griechisch unterrichtet wird.

Schauen wir uns die drei Länder an: eines davon ist Italien, ein altes EU-Mitglied. Das andere ist Ungarn, das 2004 EU-Mitglied wurde. Albanien ist ein Kandidatenland, das derzeit in Beitrittsverhandlungen mit der EU steht... Die Rechte der Minderheiten sind in allen

drei Ländern weitaus auf höherem Niveau als in Griechenland, das 1981 EU-Mitglied wurde und sich rühmt, die Wiege der Demokratie zu sein!

Warum akzeptiert unser Land also nicht die Existenz der türkischen Minderheit, die seit Jahrhunderten auf diesem Territorium lebt? Leider ist Griechenland das einzige Land in der EU mit 27 Mitgliedsstaaten, das weit davon entfernt ist, nationale Minderheiten anzuerkennen und vielmehr versucht, ihre Existenz zu verbergen, sie zu verleugnen und zu assimilieren! Aber wir, die Türken, leben in diesem Land! Es sind nicht nur die Türken! Es gibt auch Mazedonier, Walachen, Cham-Albaner und Armenier in diesem Land!

Griechenland ist ein EU-Mitgliedsstaat, aber sehr weit von den Werten der EU entfernt! Mit einer verwöhnten Haltung missachtet es weiterhin die Werte der

EU und ist davon überzeugt, dass sein Platz in der EU-Familie nicht ins Wanken geraten wird.

Da dies der Fall ist, werden wir weiterhin das tun, was wir bis jetzt getan haben. Wir werden auf internationaler Ebene weiterhin zur Sprache bringen, dass die Situation in Griechenland überhaupt nicht das ist, was unser Land darstellt. Auch im Jahr 2024 werden wir weiterhin mit der gleichen Ausdauer, Entschlossenheit und Disziplin arbeiten!

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und wünsche Ihnen ein glückliches Neues Jahr und hoffe, dass 2024 Gesundheit, Glück und Frieden bringt.

Mit herzlichen Grüßen

Halit Habip Oğlu
ABTTF-Präsident

ABTTF brachte die Bildungsprobleme der türkischen Volksguppe in West-Thrakien vor die Vereinten Nationen

Die Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF) hat der 54. ordentlichen Sitzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (UN) in Genf, der Schweiz eine schriftliche Erklärung mit dem Titel „Zugang zur Vorschulerziehung in der Muttersprache und rapider Rückgang der Grundschulen für Kinder der türkischen Volksguppe in West-Thrakien, Griechenland“ eingereicht.

In ihrer schriftlichen Erklärung betonte die ABTTF, dass der türkischen Volksguppe in West-Thrakien in Griechenland gemäß dem Vertrag von Lausanne von 1923 die Bildungsautonomie gewährt wurde, heute jedoch durch vollendete Tatsachen vollständig unter der Kontrolle des Staats steht. Die ABTTF



stellte fest, dass die Zahl der Grundschulen der türkischen Volksguppe in West-Thrakien rapide zurückgegangen ist, und merkte an, dass es 2008 in West-Thrakien 194 türkische Grundschulen gab, aber deren Zahl wegen kontinuierlicher Schließungen im Schuljahr 2023-2024 auf 90 gesunken ist.

Die ABTTF wies darauf hin, dass die Regierungsbehörden die Anträge auf

Einrichtung zweisprachiger Minderheitenkindergärten in West-Thrakien abgelehnt haben, in denen die türkischen Kinder auch in ihrer Muttersprache Türkisch unterrichtet werden könnten.

Unter Hinweis auf die UN-Verträge, denen Griechenland beigetreten ist, forderte die ABTTF Griechenland auf, die durch den Vertrag von Lausanne garantierte Bildungsautonomie der türkischen Volksguppe in West-Thrakien wiederherzustellen, die Einrichtung türkischer Kindergärten innerhalb des türkischen Minderheitenschulsystems zu ermöglichen und der Schließung türkischer Grundschulen mit autonomem Status durch einseitige Entscheidungen unter dem Vorwand der mangelnden Schülerzahl ein Ende zu setzen.

ABTTF brachte die Bildungsprobleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien in der EP-Intergruppe für Minderheiten zum Ausdruck

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hielt am 23. November 2023 bei der Sitzung der Intergruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Volksgruppen und Sprachen des Europäischen Parlaments (AP) in Straßburg eine Präsentation zum Thema "Probleme beim gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Schulbildung für Kinder der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien, Griechenland".

An der im EP-Gebäude in Straßburg stattgefundenen Sitzung, die von den Ko-Vorsitzenden der Intergruppe und EU-Abgeordneten Loránt Vincze (EPP, Rumänien) und François Alfonsi (Die Grünen/EFA, Frankreich) geleitet wurde, nahmen der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu und die ABTTF-Direktorin für internationale Angelegenheiten Melek Kırmacı Arık. Prof. Dr. Mustafa Kaymakçı, Vorsitzender des Solidaritätsvereins der Türken auf Rhodos, Kos und Dodekanes-Inseln (ROISDER), nahm auch an der Sitzung teil und hielt eine Präsentation über die Bildungsprobleme der türkischen Volksgruppe auf Rhodos und Kos.

In seinen einleitenden Worten wies der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu darauf hin, dass Griechenland der einzige Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) ist, der die Existenz autochthoner nationaler Minderheiten leugnet, und fügte hinzu, dass obwohl die Kindergartenerziehung im Land obligatorisch ist, die Einrichtung zweisprachiger Kindergärten in der Region West-Thrakien, in der die türkische Volksgruppe lebt, nicht erlaubt ist. Habip Oğlu führte aus, dass es ernsthafte Probleme im Zusammen-



hang mit den zweisprachigen Grundschulen der türkischen Volksgruppe gibt, und sagte, dass die Zahl der türkischen Grundschulen in West-Thrakien im Laufe der Jahre von 226 auf 90, auf Rhodos von 9 auf 0 und auf Kos von 3 auf 0 zurückgegangen ist. Er stellte fest, dass diese Zahlen für sich selbst sprechen und die Wahrheit ganz klar offenbaren.

In ihrer Präsentation stellte die ABTTF fest, dass die türkische Volksgruppe in West-Thrakien zwar über eine durch den Vertrag von Lausanne garantierte Bildungsautonomie verfügt, die türkischen Grundschulen mit autonomem Status in West-Thrakien jedoch unter dem Vorwand der geringen Schülerzahl geschlossen werden. Die ABTTF

betonte, dass die Zahl der türkischen Grundschulen in West-Thrakien seit 2010 erheblich zurückgegangen ist, und merkte an, dass die Zahl dieser im Schuljahr 2023–2024 auf 90 gesunken ist.

Unter Hinweis darauf, dass es in West-Thrakien keine zweisprachigen Kindergärten für die türkische Volksgruppe gibt und die griechischen Behörden die Forderungen der türkischen Volksgruppe nach privaten Kindergärten unbeantwortet gelassen haben, erklärte die ABTTF, dass die Zahl der türkischen Sekundarschulen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl in der Region deutlich unzureichend ist und es in den Präfekturen Komotini und Xanthi jeweils nur eine einzige zweisprachige türkische Sekundarschule gibt. Die ABTTF führte aus, dass eine 11-tägige Protestaktion gegen die Einführung des Doppelschichtunterrichts an der Sekundar- und Oberschule der türkischen Volksgruppe in Xanthi und für die Lösung des seit Jahren bestehenden Problems bezüglich des unzureichenden Schulgebäudes organisiert wurde, aber die genannten Probleme trotz der Protestaktion weiterhin bestehen, und fügte hinzu, dass kürzlich eine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung zu diesem Thema an die Europäische Kommission gerichtet wurde.

Die ABTTF betonte, dass die Situation der Minderheitengemeinschaften in einem Land ein sehr klarer Indikator ist, um das Demokratieniveau in diesem Land zu verstehen, und forderte Griechenland auf, die Bildungsautonomie der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien wiederherzustellen.

Arbeitsbesuch von ABTTF in Brüssel

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) war am 26. September 2023 zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel, der Hauptstadt der Europäischen Union (EU).

Im Rahmen des Arbeitsbesuchs traf sich der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu in Begleitung von Deniz Servantie vom Brüsseler Büro der ABTTF mit dem Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) François Alfonsi (Die Grünen/EFA, Frankreich) aus der Region Korsika, Frankreich.

Aktuelle Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien wurden zur Sprache gebracht

Bei dem Treffen mit dem Europaabgeordneten Alfonsi wurden über die aktuellen Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien sowie die neuesten Entwicklungen in Griechenland und in der Region West-Thrakien berichtet.

Während des Treffens wies der ABTTF-Präsident Habip Oğlu darauf hin, dass die Bildungsautonomie der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien durch den Vertrag von Lausanne von 1923 garantiert ist, diese Bildungsautonomie jedoch im Laufe der Jahre durch verschiedene Gesetze und Praktiken der türkischen Volksgruppe entzogen wurde, und fügte hinzu, dass die türkischen Grundschulen in West-Thrakien, die über einen autonomen Status verfügen, jedes Jahr durch einseitige Ministerbeschlüsse unter dem Vorwand der mangelnden Schülerzahl nacheinander geschlossen werden. Habip Oğlu sagte, dass im Schuljahr 2023-2024 neun weitere Grundschulen der türkischen



chen Gemeinschaft in West-Thrakien geschlossen wurden, und fügte hinzu, dass während es 2008 in West-Thrakien 194 türkische Grundschulen gab, diese Zahl heute auf 90 gesunken ist.

Darüber hinaus wies Habip Oğlu darauf hin, dass die Protestaktion gegen die Einführung des Schichtunterrichts durch die Direktion für Sekundarschulbildung von Xanthi an der Sekundar- und Oberschule der türkischen Volksgruppe nunmehr seit 9 Tagen

andauert, und sagte, dass die griechischen Behörden weiterhin beharrlich die berechtigten Forderungen der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien in Bezug auf Schulbildung ignorieren.

Habip Oğlu erklärte, dass die türkische Volksgruppe in West-Thrakien vor und nach den Parlamentswahlen in Griechenland im Mai und Juni 2023 in der Politik und den Mainstream-Medien ausgegrenzt und stigmatisiert wurde, indem sie unmittelbar zur Zielscheibe gemacht wurde, und wies darauf hin, dass der freie Wille und die demokratische Entscheidung der WählerInnen, die bei den Parlamentswahlen für die türkische Kandidaten gestimmt haben, missachtet werden.

Mit seinen letzten Äußerungen verdreht der ehemalige Präsident unseres Landes Pavlopoulos erneut die Fakten

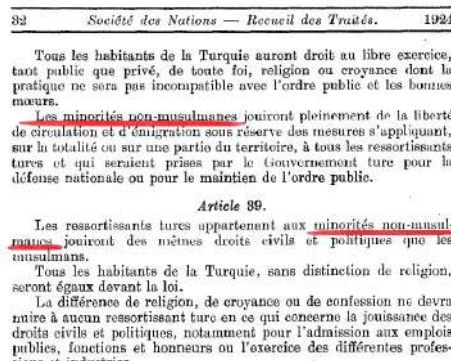
ABTTF Präsident: „Während unsere Grundschulen mit autonomem Status in West-Thrakien eine nach der anderen geschlossen werden und deren Zahl von Jahr zu Jahr abnimmt, wurde 2013 eine Grundschule mit nur 4 Kindern für die griechisch-orthodoxe Minderheit auf der Insel Gökçeada in unserem Mutterland sowie 2015 eine Sekundar- und Oberschule eröffnet.“



Der ehemalige Präsident unseres Landes Griechenland, Prokopis Pavlopoulos, hielt am 8. September 2023 bei einer Veranstaltung in Korinth eine Rede mit dem Titel „Der Vertrag von Lausanne und die Minderheitenfrage“.

In seiner Rede sagte Pavlopoulos, dass die wichtigste Errungenschaft des ehemaligen Premierministers Eleftherios Venizelos darin bestand, dass die Bestimmungen des Vertrags von Lausanne vorsehen, dass die Minderheit in Griechenland eine religiöse, nämlich eine muslimische und die Minderheit in der Türkei eine nationale, nämlich eine griechische Minderheit ist, und fügte hinzu, dass positive Maßnahmen für die in Griechenland lebenden Minderheiten getroffen wurden und sie die gleiche konstruktive Haltung für ihre in der Türkei lebenden Landsleute erwarten.

„Der ehemalige Präsident unseres Landes, Pavlopoulos, stellt falsche Behauptungen auf, indem er den Vertrag von Lausanne erneut eigenwillig interpretiert. Wie unser ehemaliger Präsident, der Jurist ist, sehr gut weiß, wird in dem Vertrag von Lausanne nur die Bezei-



chnung „nichtmuslimische Minderheiten“ für die Minderheiten in unserem Mutterland verwendet. Wir möchten unseren ehemaligen Präsidenten noch einmal an diese Tatsache erinnern. Andererseits behauptet unser ehemaliger Präsident, dass positive Schritte für die Minderheiten in unserem Land unternommen wurden. Aber die Fakten beweisen genau das Gegenteil! Heute ist uns die durch den Vertrag von Lausanne garantierte Bildungs- und Religionsautonomie unserer Gemeinschaft weitgehend entzogen. Während unsere Grundschulen mit autonomem Status in West-Thrakien eine nach der anderen geschlossen werden und deren Zahl von Jahr zu Jahr abnimmt, wurde 2013

eine Grundschule mit nur 4 Kindern für die griechisch-orthodoxe Minderheit auf der Insel Gökçeada in unserem Mutterland sowie 2015 eine Sekundar- und Oberschule eröffnet. Die Zahl der SchülerInnen, die diese Schulen besuchen, ist im Laufe der Jahre gestiegen. Heute besuchen 21 SchülerInnen die griechische Grundschule und 35 SchülerInnen die Sekundar- und Oberschule. Darüber hinaus hat unser Land 15 Jahre nach deren Verkündung die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Bezug auf unsere drei Vereine noch nicht vollstreckt und missachtet weiterhin das Völkerrecht. Wir fordern die ehemaligen und derzeitigen Regierenden unseres Landes auf, keine populistischen Äußerungen zu machen, die die Tatsachen offensichtlich verzerren, und verantwortungsbewusst zu handeln“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.anadoluiimages.com



Doppelmoral unseres Lands Griechenland beim Schutz der Menschenrechte!

ABTTF-Präsident: „Wir erwarten von unserem Land, das die Inhaftierung des gewählten Bürgermeisters, der der griechischen Minderheit in Albanien angehört, als einen Rückschritt in den Menschenrechten dort bezeichnet, dass es in den Spiegel blickt und die gleiche Sensibilität für die türkische Volksgruppe in West-Thrakien zeigt, da sie griechische Staatsbürger sind und deren Rechte und Freiheiten seit Jahrzehnten systematisch verletzt werden. Denn die Kopenhagener Kriterien in Bezug auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten gelten nicht nur für die EU-Beitrittskandidaten, sondern auch für die derzeit 27 Mitgliedstaaten der EU und damit für unser Land.“

Unser Land Griechenland hat den Beginn der Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union (EU) und Albanien mit der Begründung blockiert, dass ein gewählter Bürgermeister, der der griechischen nationalen Minderheit in Albanien angehört, noch inhaftiert ist.

Fredi Beleri, ein Angehöriger der griechischen Minderheit in Albanien, der der bei den Kommunalwahlen am 14.



Mai 2023 zum Bürgermeister von Hirmarë gewählt wurde, war wegen aktiver Korruption bei den Wahlen festgenommen worden. Griechenland hatte die Beitrittsverhandlungen Albaniens mit der EU mit der Inhaftierung des gewählten Bürgermeisters Beleri verknüpft, diese Situation als einen Rückschritt in den Menschenrechten im Lande bezeichnet und die Aufhebung der Haftstrafe gegen Beleri gefordert.

„Es ist völlig normal, dass unser Land die Menschenrechte der in Albanien lebenden griechischen Minderheit schützt. Wir erwarten von unserem Land, das die Inhaftierung des gewählten Bürgermeisters, der der griechischen Minderheit in Albanien angehört, als einen Rückschritt in den Menschenrechten

dort bezeichnet, dass es in den Spiegel blickt und die gleiche Sensibilität für die türkische Volksgruppe in West-Thrakien zeigt, da sie griechische Staatsbürger sind und deren Rechte und Freiheiten seit Jahrzehnten systematisch verletzt werden. Unser Land, das unsere durch die Verträge garantierte Bildungs- und Religionsautonomie in der Praxis undurchsetzbar gemacht hat und die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Bezug auf unsere Vereine seit mehr als fünfzehn Jahren nicht umgesetzt hat, missachtet die Werte der Demokratie und des Rechts, auf denen die Europäische Union, der sie seit 1981 angehört, beruht. Denn die Kopenhagener Kriterien in Bezug auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten gelten nicht nur für die EU-Beitrittskandidaten, sondern auch für die derzeit 27 Mitgliedstaaten der EU und damit für unser Land“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.anadoluimages.com

ABTTF Newsletter

Der seit Mai 2005 herausgegebene ABTTF Newsletter erscheint in Türkisch, Griechisch, Englisch und Deutsch.

Der ABTTF Newsletter enthält die Themen, die der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien von großer Bedeutung sind, aktuelle Ereignisse in West-Thrakien und Griechenland, die Tätigkeiten und Lobbyarbeit von ABTTF auf internationaler Ebene sowie die Aktivitäten der ABTTF Mitgliedsvereine, und spielt eine bedeutende Rolle bei der Bekanntmachung der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien.

Der ABTTF Newsletter wird per Post nach Hause geschickt und kann auch von unseren Mitgliedsvereinen bezogen werden.

Um den ABTTF Newsletter per Post zu erhalten und für weitere Informationen zum Newsletter:

www.abttf.org
+49 2302 913291

ABTTF

Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu

Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
Federation of Western Thrace Turks in Europe
Ευρωπαϊκή Ομοσπονδία Τουρκόφων Δυτικής Θράκης
Fédération des Turcs de Thrace Occidentale en Europe

ABTTF Hauptbüro
Wemerstr. 2, D-58454 Witten, Deutschland
Tel.: +49 (0) 2302 91 32 91 - Fax: +49 (0) 2302 91 32 93

ABTTF Brüsseler Büro
Square de Meeûs 38/40, B-1000 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 (0) 2 401 61 98 - Handy: +32 (0) 474 45 45 76

ABTTF Athener Büro
24 Lagoumitzi str., GR-17671 Athen, Griechenland
Tel.: +30 (0) 211 109 72 33 - Handy: +30 (0) 694 467 36 61

E-Mail: info@abttf.org - www.abttf.org

Redaktionsleiter: K. Engin Soyulmaz Editor: Merve Öztiryaki